

BLITZ-BRIEFING: SCHWERPUNKTE DER SITZUNGSWOCHE

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden

17. Januar 2023

1. Unser Leitantrag der Woche: „Beschaffungsgipfel jetzt einberufen – Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln gewährleisten.“

I. Sachverhalt

Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den letzten Wochen massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zu bekommen. Dies stellt insbesondere Familien mit kleinen Kindern, aber auch Krebspatienten vor große Herausforderungen. Ursache für Lieferengpässe ist insbesondere die Produktionsverlagerung und -konzentration von Arzneimitteln oder deren Grundstoffen in asiatische Länder.

II. Unsere Position

In der vergangenen Wahlperiode wurden von der Union bereits Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen (insb. im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und im „Fairer Wettbewerbsgesetz“). Statt hier anzusetzen, hat die Ampel den Apothekerinnen und Apothekern sowie der pharmazeutischen Industrie im GKV-Stabilisierungsgesetz weitere Belastungen auferlegt. Diese Belastungen verschärfen die Situation. Der Bundesgesundheitsminister kündigt lediglich langfristige Regelungen an. Doch gehandelt werden muss jetzt. Wir fordern die Bundesregierung daher insbesondere auf,

- unverzüglich einen Beschaffungsgipfel einzuberufen, der sich mit der kurz- und mittelfristigen Beschaffung und Verfügbarkeit von lebenswichtigen Arzneimitteln befasst,
- ein nationales Frühwarnsystem bzgl. möglicher Lieferengpässe mit entsprechender Datenbank zu etablieren,
- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wichtige Arzneimittel wieder primär in Europa produziert und Reserven aufgebaut werden (auch bei Apotheken und Großhändlern).

III. Sprachempfehlung

Statt unsere Initiativen aus der letzten Wahlperiode zur Vermeidung von Lieferengpässen weiterzuverfolgen, wurden Apotheken mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz der Ampel das Leben schwer gemacht. Die bisherigen Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers helfen nicht. Es braucht neben Ankündigungen für langfristige Regelungen auch Akutmaßnahmen. Wir setzen daher auf einen Beschaffungsgipfel, auf dem alternative Beschaffungen aus dem Ausland, verbesserte Verteilungs- und Austauschmöglichkeiten und ein nationales Frühwarnsystem diskutiert werden. Weiterhin fordern wir die Steigerung der europäischen Arzneimittelproduktion oder zumindest eine effektivere europäische Beschaffung, sowie eine Ertüchtigung von Apotheken und pharmazeutischem Großhandel.

2. Unser Antrag: „Ukraine durch die Lieferung von Kampfpanzern unterstützen“

I. Sachverhalt

Der Beginn des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine jährt sich bald zum ersten Mal. Doch trotz großer Anstrengungen, einem massiven Aufgebot an Menschen und Material und einer Kriegsführung, die ohne Rücksicht auf das internationale Recht bewusst auf Kriegsverbrechen setzt, ist es Russland nicht gelungen, die Ukraine zu unterwerfen. Daran haben westliche Waffenlieferungen einen entscheidenden Anteil. Wenn die Ukraine sich weiter gegen die russische Aggression bestehen soll und um die besetzten Gebiete zu befreien, benötigt sie weitere Unterstützung in Form wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Hilfen.

II. Unsere Position

Der Erfolg der Ukraine liegt im strategischen Interesse Deutschlands und Europa. Unterstützung ist jetzt notwendiger denn je. Russland plant weitere Offensiven gegen die ukrainischen Streitkräfte und wird weiterhin auf zahlreiches Material und Personal aus den letzten Mobilisierungswellen zurückgreifen können. Die verlustreichen Kämpfe der letzten Monate haben das Arsenal der ukrainischen Streitkräfte an ihre Grenzen gebracht, die völkerrechtswidrigen Angriffe gegen zivile Infrastruktur durch Russland setzen dem Land zu.

Um der Ukraine die Möglichkeit einer mobilen und anpassungsfähigen Verteidigungsstrategie zu geben, sind neben Systemen zur Luftverteidigung und weitreichender Artillerie auch Kampfpanzer westlicher Bauart notwendig. Dies ist auch weitreichender Konsens unter unseren Alliierten, Deutschland steht auf der Bremse und versteckt sich hinter angeblicher Besonnenheit. Die Ankündigung Großbritanniens, nun Kampfpanzer des Typ Challenger 2 liefern zu wollen, ist ein wichtiger und richtiger Schritt, um die Ukraine noch substanzieller zu unterstützen.

Deutschland sollte sich dem anschließen und zu diesem Zweck Kampfpanzer moderner Bauart einsatzfähig machen, um sie zügig liefern zu können. Dies sind in erster Linie weit über 100 Panzer vom Typ LEOPARD 1, die sich im Bestand der Industrie befinden. Jetzt ist es dringend notwendig, die Firmen mit der

Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft dieser Panzer zu beauftragen und mit allen Beteiligten, das heißt auch mit der Bundeswehr und möglichen ausländischen Partnern, Fragen der Ausbildung ukrainischer Besatzungen sowie der logistischen Unterstützung mit Ersatzteilen und Munition zu klären. Ziel muss es sein, so schnell wie möglich bei einer Einigung mit Partnern eine solche Lieferung durchführen zu können.

III. Sprachempfehlung

Der Bundeskanzler muss nach dem Fiasko von Bundesverteidigungsministerin a.D. Christine Lambrecht sicherheitspolitische Klarheit schaffen. Dazu gehört auch endlich die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard. Dieser Schritt muss im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern geschehen. Doch der Bundeskanzler steht weiterhin auf der Bremse. Nur mit Waffenlieferungen auf qualitativ und quantitativ hohem Niveau kann die Ukraine in die Lage versetzt werden, sich auch weiterhin gegen die russische Aggression zu verteidigen. Nach langem Zögern und einer desaströsen Personalentscheidung im Verteidigungsressort, muss die Bundesregierung nun proaktiv handeln um den außen- und sicherheitspolitischen Flurschaden, der in den letzten Monaten bei unseren Alliierten entstanden ist, zu begrenzen.

3. Aktuelle Stunde „Die Silvesterkrawalle als Ausdruck von Respektlosigkeit gegenüber dem deutschen Staat und seinen Einsatzkräften“

I. Sachverhalt

Die Krawalle der Silvesternacht haben Deutschland erschüttert. An zahlreichen Orten im Land gab es schwere Ausschreitungen. Besonders verwerflich – und in dieser Form bisher nicht dagewesen – waren jedoch geplante und systematische Angriffe auf Einsatzkräfte: Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste wurden von den Tätern nicht nur tätlich angegriffen, sondern auch mit Feuerwerk beschossen und systematisch in Hinterhalte gelockt. Das hat es in dieser Form und in diesem Ausmaß in Deutschland bisher nicht gegeben. Ein Schwerpunkt der Ausschreitungen war – wieder einmal – Berlin. Auch über zwei Wochen nach den Vorfällen kann das Bundesinnenministerium immer noch nicht sagen, wer die Täter waren – es entsteht der Eindruck, man will es dort gar nicht so genau wissen. Unter den vorläufig Festgenommenen befand sich ein hoher Anteil von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder mit Migrationshintergrund.

II. Unsere Position

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind Helfer, die sich für die Menschen in unserem Land einsetzen. Wer sie angreift, greift die ganze Gesellschaft an. Angriffe auf Einsatzkräfte sind deshalb auch ein Ausdruck von fundamental mangelndem Respekt gegenüber dem deutschen Staat und den grundlegenden Regeln des Zusammenlebens in Deutschland.

Am wenigsten Respekt genießt der Staat da, wo er sich schwach und hilflos zeigt. Wir wollen deshalb einen starken Staat, der die Regeln des Rechtsstaats überall durchsetzt. Als Union haben wir den letzten Jahren wichtige Weichenstellungen vorgenommen, die Sicherheitsbehörden umfassend personell gestärkt und u.a. 2017 das Strafmaß für

Angriffe auf Rettungskräfte erhöht. Bei der Umsetzung sind aber in erster Linie die Länder gefragt. Das fängt im Kindergarten mit dem Erlernen des Einhaltens vor Regeln an und setzt sich mit regelmäßiger und sichtbarer Polizeipräsenz in den Brennpunktvierteln fort. Das nützt dann allen dort lebenden und ganz überwiegend rechtstreuen Menschen. Es endet bei einer Justiz, die Straftäter so zügig wie möglich verurteilt.

III. Sprachempfehlung

Rechtsstaat durchsetzen heißt auch: Endlich Vollzugsdefizite bei Polizei und Justiz angehen. Gerade hier braucht es deutlich mehr Personal und klare Entscheidungen der Justiz, die den vom Gesetz gegebenen Rahmen auch nutzen. Ausstattung und Ausrüstung der Polizei müssen wir verbessern. Dazu gehören Regeln für eine bundeseinheitliche Nutzung von Bodycams und Dashcams. Außerdem brauchen wir endlich Klarheit über Täter, Strukturen und Brennpunkte der Gewalt gegen alle Einsatz- und Rettungskräfte. Auch eine nochmalige Heraufsetzung des Strafrahmens bei Angriffen gegen Einsatzkräfte muss diskutiert werden.

Stark muss der Staat auch bei echten Bildungs- und Integrationsangeboten sein. Dazu braucht es eine klare und offene Diskussion, was bei der Integration in manchen Städten schiefgelaufen ist. Wir müssen den Blick nach vorne richten und Lösungen suchen, wie wir diese Probleme in den Griff bekommen. Wir brauchen gute Bildungs- und Integrationsangebote gerade in den Brennpunktvierteln.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.